

13. August 1961: Mauerbau in Berlin

- [Chruschtschow löst die Berlin-Krise aus](#)
- [Die Entscheidung zur Abriegelung Westberlins](#)
- [Die Grenzsperrung](#)
- [Reaktionen im Westen](#)
- [Bevölkerungsstimmung, Widerstand und Repression im Osten](#)
- [Fluchten durch die Absperrung](#)



Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um Auszüge des Buches von Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann:

13. August 1961. Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung,

120 Seiten, Berlin 2001.

Schutzgebühr 5,00 €,

auch als Buchhandelsausgabe erhältlich im Verlag Edition Temmen, Bremen 2001

13,00 €

Chruschtschow löst die Berlin-Krise aus

Am 10. November 1958 kündigte Nikita Chruschtschow im Moskauer Sportpalast den Rückzug der Sowjetunion aus der Viermächteverantwortung über Berlin an. Es sei an der Zeit – so der sowjetische Parteichef –, daß die Alliierten auf die Reste des Besatzungsregimes in Berlin verzichteten und dadurch die Herstellung "normaler Zustände in der Hauptstadt der DDR" ermöglichten. Die Sowjetunion werde jedenfalls der DDR alle ihr verbliebenen Hoheitsrechte übertragen.

Mit dieser Rede löste Chruschtschow eine Krise um den Status der ehemaligen Reichshauptstadt aus, die zweieinhalb Jahre bedrohlich schwelen sollte. Die Berlin-Krise brachte die Welt mindestens einmal an den Rand des Krieges und führte auf ihrem Höhepunkt im August 1961 zu einem für die deutsche Geschichte traumatischen Einschnitt: dem Bau der Berliner Mauer.

Was veranlaßte Chruschtschow dazu, diesen gefährlichen Schritt zu unternehmen? Wie schon zeitgenössische Beobachter erkannten, ging es ihm in erster Linie um die Stabilisierung der Westgrenze seines Machtbereichs.

Denn bei den Konsolidierungsbemühungen der DDR bildete die westliche Exklave an der Spree einen durchaus ernst zu nehmenden Störfaktor. Westberlin war ein "Pfahl im Fleische" des SED-Staates. Über die offene Grenze in Berlin war ein noch weitgehend unkontrollierbarer Austausch möglich. Die Westsektoren waren für DDR-Bürger das "Schaufenster zum Westen", das die wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Unterlegenheit des Ostens für jedermann wahrnehmbar machte. Zudem hatten antikommunistische Propaganda und nicht zuletzt auch westliche Spionage hier eine gute logistische Basis.



Walter Ulbricht, Nikita S. Chruschtschow und Otto Grotewohl (v. li.) am 10. März 1959 in Berlin

Nachweis: Landesbildstelle Berlin

Zahlreiche Geheimdienststellen und SED-feindliche Organisationen, wie die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", der "Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" und die Ostbüros der westdeutschen Parteien operierten von hier aus. Und der "Rundfunk im amerikanischen Sektor" (RIAS) sendete täglich ein Programm, das auf die DDR-Bevölkerung zugeschnitten war.

Doch das Hauptproblem aus östlicher Sicht war der anhaltende Flüchtlingsstrom aus der DDR, der seinen Weg in erster Linie über die offene Grenze in Berlin fand. Zwar waren die Flüchtlingszahlen bei Ausbruch der Berlin-Krise im Herbst 1958 schon das zweite Jahr rückläufig, doch der nicht endende Aderlaß von vorwiegend jungen Menschen und Fachleuten war für die ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR langfristig trotzdem ein schwerwiegendes Problem.

Eine entscheidende Rolle bei der Auslösung der Krise spielte nicht zuletzt das in der letzten Zeit durch technologische Erfolge gewachsene sowjetische Selbstbewußtsein. Im Oktober 1957 hatte die Sowjetunion den ersten künstlichen Satelliten "Sputnik" erfolgreich in die Erdumlaufbahn gebracht. Daraufhin entwickelte sich im Westen eine Diskussion über die vermeintliche Raketenüberlegenheit Moskaus. Die konventionelle Überlegenheit der Roten Armee in Mitteleuropa stand ohnehin außer Frage. Chruschtschow handelte im Bewußtsein, daß die Sowjetunion beim internationalen Kräfteressen mehr in die Waagschale werfen könne als in früheren Zeiten. [...]

[nach oben](#)

Die Entscheidung zur Abriegelung Westberlins

[...] Wann genau die Abriegelung beschlossen wurde, ist – trotz der intensiven Forschungen der letzten Jahren – nach wie vor noch nicht völlig geklärt. Zahlreiche Indizien sprechen dafür, daß Ulbricht die Abriegelung schon seit Jahresbeginn 1961 konkret vorbereitet und auf eine entsprechende Entscheidung gedrängt hat. Für Chruschtschow war aber eine Veränderung des Status¹ von Westberlin, die eine Abriegelung überflüssig gemacht hätte, zunächst die vorrangige Option.

Eine sehr weitgehende Vorentscheidung scheint dann unmittelbar nach Kennedys Rede vom 25. Juli gefallen zu sein, denn die militärischen und logistischen Vorbereitungen der Grenzsperrung liefen nachweislich schon Ende Juli an. Offenbar hatte Chruschtschow Ulbricht noch vor dem Moskauer Warschauer-Pakt-Gipfel, der am 3. August begann, sein grundsätzliches Einverständnis mit einer Grenzsperrung signalisiert. Endgültig abgesegnet wurde die Entscheidung dann aber wohl erst am 5. August, dem letzten Tag der Ostblockkonferenz.

Der Entscheidungsprozeß scheint dabei vor allem durch die Tatsache erschwert worden sein, daß die anderen Ostblockstaaten die Rückwirkungen von etwaigen westlichen Wirtschaftssanktionen auf die eigenen Volkswirtschaften fürchteten. Von Ulbricht verlangte man auf der Konferenz Garantien, daß die DDR ihre ökonomischen Probleme im Falle einer Unterbrechung des innerdeutschen Handels weitgehend selbst meistere. Flankenschutz für seine Pläne erhielt Ulbricht vor allem vom polnischen Parteichef Wladislaw Gomulka. Am Ende gaben die versammelten Ostblockführer ihre Zustimmung für den Mauerbau.

Chruschtschow verpflichtete Ulbricht allerdings, "keinen Millimeter" über die Absperrung der Sektorengrenze hinauszugehen, die zunächst auch nur mit Stacheldraht erfolgen sollte. Erst wenn völlig klar sei, daß die westliche Seite – wie erwartet – keine einschneidenden Gegenmaßnahmen treffe, solle mit einer massiven Befestigung begonnen werden. [...]

Chruschtschow gerät in Zugzwang

Man kann sich unschwer ausrechnen, wann die ostdeutsche Wirtschaft zusammengebrochen wäre, wenn wir nicht alsbald etwas gegen die Massenflucht unternommen hätten. Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen: die Lufttransportsperrung oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig. Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, daß ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat. Ulbricht hat mich zwar schon seit längerem und in den letzten Monaten immer heftiger gedrängt, aber ich möchte mich nicht hinter seinem Rücken verstecken. Er ist viel zu schmal für mich.

Chruschtschow zu Hans Kroll, dem damaligen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau (Kroll, Lebenserinnerungen, S. 512)

[nach oben](#)

Die Grenzsperrung

Am 9. August 1961 liefen unter strengster Geheimhaltung die Vorbereitungen für die Abriegelung Westberlins an. Im Ostberliner Polizeipräsidium wurde ein Haupteinsatzstab unter Leitung des damaligen ZK-Sekretärs für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, gebildet. Ihm gehörten – neben dem 1. Sekretär der

Berliner SED-Bezirksleitung Paul Verner und dem stellvertretenden (und zu diesem Zeitpunkt faktisch amtierenden) Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph – alle beteiligten Ressortchefs an: Staatssicherheitschef Mielke, Innenminister Maron, Verteidigungsminister Hoffmann und Verkehrsminister Kramer. Einbezogen waren auch zwei in den Protokollen nicht namentlich genannte sowjetische Vertreter: einer aus der Botschaft, der andere von den Streitkräften.



Überwachung der Absperrarbeiten an der Sektorengrenze durch Angehörige der Kampfgruppen
Nachweis: BStU, ZA, MfS, SdM/Fo/4, Bild 8

Am selben Tag rief das Ministerium für Nationale Verteidigung eine operative Gruppe ins Leben, der die Aufgabe übertragen wurde, Einsatz-, Alarm- und Truppenverlegungspläne auszuarbeiten. Außerdem wurden zwei Motorisierte Schützendivisionen aus den Bezirken Schwerin und Potsdam in den nördlichen und südlichen Teil Berlins verlegt. Die Soldaten glaubten, sie würden eine Übung durchführen.

Am 11. August kündigte der Staatssicherheitschef den leitenden Kadern seines Ministeriums an, daß "in den nächsten Tagen entscheidende Maßnahmen beschlossen werden", die von der Staatssicherheit "höchste Einsatzbereitschaft" erforderten. Das Protokoll dieser Dienstbesprechung läßt allerdings offen, wie weit Mielke die Leitungsriege seines Ministeriums in die bevorstehende Abriegelungsaktion tatsächlich konkret einweihte.

Honeckers Haupteinsatzstab hatte eine Mammutaufgabe vor sich. Unter Einsatz von Polizei-, Pionier- und Kampfgruppeneinheiten sollten über Nacht 45 Kilometer innerstädtische Grenze und 160 Kilometer am "Ring" um Westberlin abgeriegelt werden. Das Vorgehen war minutiös geplant. Eine erste Staffel aus ausgewählten Betriebskampfgruppen, Einheiten der Grenz- und Bereitschaftspolizei sowie der Polizeischulen war für die unmittelbaren Abriegelungsmaßnahmen vorgesehen. Schutzpolizeiformationen hatten ihnen den Rücken freizuhalten und dafür zu sorgen, mögliche Menschenansammlungen zu unterbinden. Eine zweite Staffel von regulären NVA-Verbänden sollte im Rückraum Präsenz zeigen und im Notfall, etwa bei Grenzdurchbrüchen, die erste Staffel unterstützen. Für den Ernstfall einer militärischen Auseinandersetzung mit den westalliierten Truppen hielten sich schließlich die sowjetischen Streitkräfte in Bereitschaft.

In der Nacht zum 12. August legte die SED-Führung ihre Pläne den verantwortlichen sowjetischen Diplomaten und Militärs vor. Nach deren Plazet unterzeichnete Ulbricht – wahrscheinlich um 16.00 Uhr des folgenden Tages – als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates die entsprechenden Einsatzbefehle. Um 22.30 Uhr trat der Einsatzstab zusammen. Um ein Uhr nachts gingen an der Grenze die Lichter aus – der Einsatz begann. Jetzt wurde auch der von Ulbricht befohlene Alarm für die Berliner Einsatzleitungen ausgelöst und damit die Mobilisierung der Kampfgruppen eingeleitet. Laut Befehlslage standen den eingesetzten Polizei- und Militäreinheiten ganze 30 Minuten zur Schließung und weitere 180 Minuten zur pioniertechnischen Absperrung von 68 der insgesamt 81 Übergangsstellen nach Westberlin zur Verfügung.

Gegen 1.30 Uhr besetzte die Polizei die Bahnhöfe an den Sektorengrenzen. Wenig später wurde der S- und U-Bahnverkehr zwischen Ost- und Westberlin gekappt. Der bis dahin bestehende Durchgangsverkehr von insgesamt 12 Linien wurde unterbrochen. 48 S-Bahnhöfe wurden für den Intersektorenverkehr gesperrt, von 33 U-Bahnhöfen 13 völlig geschlossen. Die Reisezüge aus dem Westen kamen nicht mehr über den Bahnhof Friedrichstraße hinaus. Der für DDR-Bürger nunmehr unzugängliche Bahnsteig "A"

bildete von da an End- und Abfahrtstation.

Etwa zur gleichen Zeit begannen die "pioniertechischen" Absperrmaßnahmen. Gleisverbindungen wurden durchtrennt, Spanische Reiter aufgestellt, Drahtsperrren errichtet sowie Betonschwellen gelegt und Straßen aufgerissen. 800 zusätzliche Transportpolizisten kamen auf den Bahnhöfen zum Einsatz, um das Kontrollsystem zu verstärken. Gegen 6.00 Uhr waren die Zugangswege nach Westberlin im wesentlichen abriegelt. Das "Grenzloch" Berlin war geschlossen.



13. August 1961, 14.00 Uhr: Menschenmenge an der Absperrung in der Wilhelmstrasse in Berlin (MfS-Foto, vom Dach des "Hauses der Ministerien" aufgenommen)

Nachweis: BStU, ZA, MfS, HA XX/Fo/312, Bild 1

Schwarz auf weiß gedruckt, lag am Morgen rechtzeitig auch die staatsoffizielle Begründung vor – ein Ministerratsbeschuß vom Vortag. Die "systematische Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik" mußte als Begründung für eine Maßnahme herhalten, die einzig und allein zum Ziel hatte, die Ostdeutschen im Herrschaftsbereich des SED-Staates einzusperrnen. Westberlinern wurde der Besuch Ostberlins zunächst noch gestattet, erst ab 23. August 1961 unterbanden die DDR-Machthaber auch dies. [...]

Aus dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühlätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden.

Solange Westberlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Bescheinigung.

Neues Deutschland vom 13.08.1961

Honecker erteilt den Schießbefehl

Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schußwaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, daß Verbrecher in 100-Meter-Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schußfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.

Aus dem Protokoll der Lagebesprechung des zentralen Stabes am 20. September 1961 (zitiert nach Filmer/Schwan: Opfer der Mauer, S. 379)

[nach oben](#)

Reaktionen im Westen

[...] Die Stimmungslage in der Westberliner Bevölkerung wurde kritisch. Viele fühlten sich von den westlichen Schutzmächten im Stich gelassen, und nicht wenige sahen in der Abriegelung nur den ersten

Schritt zu weitergehenden Maßnahmen gegen den Status von Westberlin.

Auch Brandt selbst befürchtete, daß das Ausbleiben von energischen Reaktionen des Westens den Osten zu solchen Schritten ermutigen könnte. Am 16. August sprach er vor dem Schöneberger Rathaus zu 300.000 Bürgern, die sich zu einer vom Senat organisierten Kundgebung eingefunden hatten. Die Bild-Zeitung war an diesem Tag mit der Schlagzeile erschienen: "Der Westen tut nichts." Zahlreiche Transparente hatten den gleichen Tenor.

Der Schock

Die Stadt war erschreckt. Fast jeder hatte "etwas" erwartet, kaum jemand aber mit einer gänzlichen Abriegelung gerechnet; auch den führenden Politikern fehlte dafür die Phantasie. Die Stadt brodelte vor Wut über die Brutalität der Mauer, viele fürchteten, Westberlin selbst könne angegriffen oder die Verbindung nach Westen gestört werden; nicht wenige zweifelten, ob die Alliierten sie wirklich schützen würden. Für den 16. August rief der Senat zu einer Kundgebung vor das Rathaus, ein nötiger, aber gefährlicher Schritt, denn die Erbitterung konnte in Protestmärsche zur Grenze umschlagen - mit unabsehbaren Folgen. Die Enttäuschung von den Amerikanern wurde auf Transparenten sichtbar: "Vom Westen verraten?" Brandt stand vor der Aufgabe, die Empörung zu artikulieren und gleichzeitig zu dämpfen.

Aus Bender: Neue Ostpolitik, S. 65 f.

Der Regierende Bürgermeister stand vor einer schwierigen Aufgabe. Er mußte die Erwartungen und Ängste der Westberliner artikulieren, sie aber gleichzeitig beruhigen und von unbedachten Handlungen abhalten. Darüber hinaus mußte er die Alliierten in die Pflicht nehmen, ohne sie zu brüskieren. [...]

Brandt schreibt an Kennedy

Die Entwicklung hat den Widerstandswillen der Westberliner Bevölkerung nicht verändert, aber sie war geeignet, Zweifel in die Reaktionsfähigkeit und Entschlossenheit der drei Mächte zu wecken. Dabei ist ausschlaggebend, daß der Westen sich stets gerade auf den existierenden Vier-Mächte-Status berufen hat. Ich weiß wohl, daß die gegebenen Garantien für die Freiheit der Bevölkerung, die Anwesenheit der Truppen und den freien Zugang allein für Westberlin gelten. Dennoch handelt es sich um einen tiefen Einschnitt im Leben des deutschen Volkes und um ein Herausdrängen aus Gebieten der gemeinsamen Verantwortung (Berlin und Deutschland als Ganzes), durch die das gesamte westliche Prestige berührt wird. [...]

Aus dem Brief des Regierenden Bürgermeisters vom 16. August 1961 an den amerikanischen Präsidenten (Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, S. 49)

Kennedy antwortet

So ernst die Sache auch ist, so stehen uns jedoch, wie Sie schreiben, keine Schritte zur Verfügung, die eine wesentliche materielle Änderung in der augenblicklichen Situation erzwingen könnten. Da die brutale Abriegelung der Grenzen ein schallendes Bekenntnis des Scheiterns und der politischen Schwäche darstellt, handelt es sich offensichtlich um eine grundlegende sowjetische Entscheidung, die nur ein Krieg rückgängig machen könnte. Weder Sie noch wir noch irgendeiner unserer Verbündeten haben je angenommen, daß wir wegen dieses Streitpunktes einen Krieg beginnen sollten. [...]

Allgemein möchte ich Sie noch dringend bitten, daß wir uns nicht von sowjetischen Aktionen erschüttern lassen dürfen, die in sich ein Schwächebekenntnis darstellen. Westberlin ist heute bedeutender als je zuvor, und seine Mission, Symbol für die Freiheit zu sein, ist noch nie so wichtig gewesen wie jetzt. Die Bindung Westberlins zur freien Welt ist keine Sache schöner Reden. So wichtig auch die Verbindungen zum Osten gewesen sind, so schmerzlich ihr Abbruch auch ist, so läuft das Leben der Stadt, so wie ich es verstehe, doch in erster Linie zum Westen hin - ihr Wirtschaftsleben, ihre moralische Basis und ihre militärische Sicherheit.

Aus dem Antwortbrief von Kennedy an Brandt vom 18. August 1961 (zit. nach Prowe: Der Brief Kennedys, S. 382 f.)

Die amerikanische Administration erkannte sehr schnell, daß sich die Situation aus deutscher und vor allem aus Berliner Sicht völlig anders darstellte. Der Mauerbau und ihre Hinnahme durch die Westmächte wurden hier als Bedrohung wahrgenommen und vor allem als Ausdruck einer langfristigen Zementierung der deutschen Teilung angesehen. In Deutschland war eine psychologisch schwierige Lage entstanden, die negative Rückwirkungen auf den Zusammenhalt im westlichen Bündnis haben konnte. Außerdem gab es auch in Washington noch Befürchtungen, die DDR könnte, vom fast reibungslosen Ablauf ihrer Grenzsperrungsaktion berauscht, mit Rückendeckung der Sowjetunion weitere Positionsgewinne gegenüber Westberlin anstreben. Am 17. August entschloß sich Kennedy daher Flagge zu zeigen. Er entschied - gegen den Rat seines Verteidigungsministers Robert McNamara -, die Berliner US-Garnison durch eine 1500 Mann starke Kampfgruppe zu verstärken und sie demonstrativ über die Transitautobahn nach Berlin fahren zu lassen. Außerdem entsandte er den Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson und den "Helden der Luftbrücke", General Lucius D. Clay, in die Inselstadt. Als sie am 19. August in Berlin eintrafen, wurden sie von der Bevölkerung begeistert empfangen. Am folgenden Tag kamen auch die GIs an; sie hatten auf ihrem Weg durch die DDR keinerlei Schwierigkeiten gehabt. Die Fahrt des

Militärkonvois über den Kurfürstendamm geriet zum Triumphzug - die Erleichterung der Westberliner war augenfällig. [...]

▲ nach oben

Bevölkerungsstimmung, Widerstand und Repression im Osten

Das martialische Bild, das sich in den Morgenstunden des 13. August den Ostberlinern an den Sektorengrenzen präsentierte, löste bei vielen Fassungslosigkeit aus. Die Staatssicherheit meldete zwar in ihren Stimmungsberichten an die Parteiführung "überwiegend positive Stellungnahmen", bezog diese jedoch bezeichnenderweise auf "organisierte Aussprachen und Kurzversammlungen". Wie so oft in heiklen Phasen der DDR-Geschichte bemühten sich die Machthaber, ihre eigenen Inszenierungen für Realität zu halten, und das MfS half ihnen dabei.

Am Vormittag des 13. August wurden die Berliner SED-Genossen zu außerordentlichen Kreisaktivtagungen zusammengerufen, um sie für die erwarteten politischen Auseinandersetzungen zu rüsten. Sie hatten die beiden militärischen Staffeln an den Grenzsperrern gewissermaßen durch eine ideologische zu ergänzen.

Die Partei erwartete von ihren Mitgliedern, daß sie nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch in größeren Menschenansammlungen "positiv" argumentierten und so systematisch die öffentliche Stimmung beeinflussten. Das Motto lautete: "Keine Geduld mit denen, die bössartig und aggressiv auftreten! Unsere helfende Hand denen, die fragen und eine Orientierung wollen! Aber die Faust denen, die Provokateure sind!".

Die Partei mobilisiert ihre Mitglieder

Anwesend waren weit über 1000 Genossen. Es herrschte eine ausgezeichnete Kampf Stimmung. Die Ausführungen des Genossen K[iefert] sind gut angekommen. Das zeigte sich schon darin, daß mindestens 20mal bei seinen Worten Beifall geklatscht wurde. Die Bereitschaft der Genossen zeigte sich auch darin, daß nach der Ansprache des Genossen Kiefert die Hälfte aller anwesenden Genossen sich sofort für den Agitationseinsatz an den politischen Schwerpunkten bereit erklärten. Diese wurden dann auch in Gruppen von ca. 20 Genossen an den Grenzübergängen, an U- und S-Bahnhöfen eingesetzt. Die andere Hälfte der anwesenden Genossen wird ab 14.00 Uhr eingesetzt. Es wurde weiter festgelegt, daß die Genossen in den Betrieben alle Maßnahmen aufzunehmen haben, die Produktion voll in Gang zu bringen, keine Provokation zuzulassen und die Schwerpunkte in den Betrieben politisch zu sichern. Die Genossen der BPO'en erhielten den Auftrag, morgen in allen Einkaufszentren zu agitieren und keine Angstkäufe zuzulassen. Darüber soll heute noch in den Hausgemeinschaften diskutiert werden. Ebenfalls wurden die Genossen aufgefordert, in den "Stammkneipen" keine Provokationen zuzulassen. Die sozialistischen Brigaden sind aufgefordert worden, morgen in ihren Betrieben dazu Stellung zu nehmen und im Zusammenhang an dem Beispiel der Brigade "Krahmann" Verpflichtungen einzugehen.

Aus dem Bericht über die Parteiaktivtagung im Ostberliner Stadtbezirk Friedrichshain am Morgen des 13. August 1961

(Mehls: Im Schatten der Mauer, S. 41)

[...] Außerhalb der Parteiversammlungen sah das Stimmungsbild anders aus. Vornehmlich in Berlin registrierte das MfS "größere", wenngleich nicht "übermäßig" kritische Meinungsäußerungen. In Kreisen des Mittelstandes und der Genossenschaftsbauern machte es eine "schwankende", in der Intelligenz eine "abwartende" Haltung aus. Ein großer Teil der parteilosen Wissenschaftler reagiere ablehnend. Vereinzelt wurden Drohungen laut, sich an den bevorstehenden Wahlen im September nicht zu beteiligen, falls ein Reisepaß für Besuche in der Bundesrepublik abgelehnt würde. Größeren Unmut stellte das MfS bei Jugendlichen fest. [...]

Die Staatssicherheit registriert Widerspruch

In allen Bevölkerungsschichten spielten die nachgenannten Argumente eine vorrangige Rolle:

- anstelle der Grenzsperrung in Berlin hätte man "freie Wahlen" unter internationaler Kontrolle durchführen sollen,
- die getroffenen Maßnahmen sind zu hart, man sollte keine Panzer einsetzen und keinen Stacheldraht ziehen,
- durch die Maßnahme wird die Spaltung vertieft bzw. verewigt,
- die Maßnahmen dienen lediglich dem Zweck, die Entvölkerung der DDR zu verhindern,
- sie würde die Kriegsgefahr erhöhen bzw. einen Krieg heraufbeschwören.

Aus einem MfS-Situationsbericht vom 28. September 1961 über den Bezirk Dresden (BStU, ZA, ZAIG 478, Bl. 77 f.)

Protestaktionen nehmen zu

Allgemein ist ein verhältnismäßig starkes Ansteigen solcher Vorkommnisse festzustellen, wie das Anschmieren von Hetzparolen, die Verbreitung von Hetzschriften, mündliche Hetze, anonyme Anrufe mit

Drohungen und Verleumdungen usw., ohne daß dabei besondere territoriale oder objektmäßige Schwerpunkte in Erscheinung treten. Beachtung verdient, daß es sich bei einem großen Teil der bis jetzt gefaßten Täter um Jugendliche handelt. [...]

Eine gewisse negative teils feindliche Konzentration stellen nach wie vor die ehemaligen Grenzgänger dar. Nach dem Stand von Mitte September 1961 hatten von den bis zum 06.09.1961 registrierten über 32 000 ehemaligen Grenzgängern etwa 24 000 die Arbeit in Betrieben des demokratischen Berlins aufgenommen. Aus den genannten Zahlen geht gleichzeitig hervor, daß sich ein Teil der ehemaligen Grenzgänger bis zu dem angeführten Zeitpunkt noch nicht registrieren ließ.

Aus einem MfS-Situationsbericht vom 29. September 1961 über Ostberlin (BStU, ZA, ZAIG 478, Bl. 5 f.)

[...] Vom 13. August bis zum 4. September 1961 kam es zu insgesamt über 6000 Festnahmen, von denen rund 3100 mit Inhaftierungen endeten. Doch die vom Ministerium für Staatssicherheit im Januar 1962 gezogene Bilanz deutet darauf hin, daß danach Proteste und Widerstand erheblich abnahmen. Neben den Fluchten ist dort von 4000 politischen Delikten und Festnahmen die Rede. Fast die Hälfte der Fälle ereigneten sich in Berlin. Mit Abstand folgten Leipzig, Halle und Magdeburg, die zusammen ein weiteres Drittel ausmachten.

Das Abflauen der Proteste war Ausdruck einer verständlichen Resignation. Mit jedem Tag, an dem Grenzbefestigungen höher und undurchlässiger wurden, mußte sich das Gefühl verstärken, gleichsam in einem Gefängnis zu leben und seinen Wärtern ausgeliefert zu sein. [...]

[nach oben](#)

Fluchten durch die Absperrung

Die Sperrmaßnahmen am 13. August 1961 rissen von heute auf morgen Familien, Liebespaare und Freunde gewaltsam auseinander und lösten Verzweiflung und Empörung bei den Betroffenen aus. Sie veranlaßten Menschen zu Handlungen, die sie sich bis dahin wohl kaum selbst zugetraut hätten. Einige gingen unkalkulierbare Risiken beim Versuch ein, die Grenzsperren zu überwinden. Andere entwickelten ungeahnte Phantasie und Energie, um einen Nahestehenden über die Grenze zu schleusen. Studenten wurden zu Paßfälschern und Tunnelgräbern, ordnungsliebende Bürger zu Gesetzesbrechern und Grenzpolizisten zu Deserteuren. [...]

Als besonders motivierte Fluchthelfer erwiesen sich ehemalige DDR-Bürger. Dazu gehörten auch diejenigen, die sich am 13. August besuchsweise oder beruflich in Westberlin aufgehalten hatten und eine schwerwiegende Entscheidung zu fällen hatten:

Sollten sie zurückgehen zu Angehörigen und Freunden hinter der Grenzsperrre und ihre Freiheit dafür aufgeben oder sollten sie dableiben und auf Menschen, die ihnen nahestanden verzichten? [...]

Gescheiterte "Grenzdurchbrüche" mit Festnahme vom 13. August bis 31. Dezember 1961

zu Fuß 2221

mit der Bahn 335

mit Kfz 244

auf dem Seeweg 114

Durchschwimmen von Grenzgewässern 96

durch die Kanalisation 31

insgesamt 3041

Quelle: BStU, ZA, HA IX 11853, Bl. 2

Fluchtschicksale

Der erste Todesschuß fällt am Humboldthafen



Günter Litfin

Nachweis: Jürgen Litfin, Berlin

Es war am 24. August 1961, kurz nach 16.00 Uhr. Günter Litfin ging unweit der Universitätsklinik "Charité", von Norden kommend am Alexanderufer den Schiffahrtskanal entlang. An dieser Stelle bildet der etwas weiter im Süden von der Spree abgehende Kanal eine Ausbuchtung, "Humboldthafen" genannt. Das Wasser gehörte an dieser Stelle noch zum Ostsektor; das andere Ufer lag schon im Westen.

Als Litfin unter der Eisenbahnbrücke durchging, die den Humboldthafen von Ost nach West überspannt, wurde er von Transportpolizisten entdeckt, die auf der Brücke postiert waren. Einer der Uniformierten schrie sofort: "Stehen bleiben!". Litfin zuckte zusammen und begann auf den ersten Anlegesteg zuzulaufen. Der Transportpolizist gab daraufhin mehrere Schüsse Einzelfeuer aus seiner Maschinenpistole ab. Der Flüchtende ließ sich davon aber nicht beirren; als er den Steg erreicht hatte, sprang er sofort ins Wasser.

Er war ein guter Schwimmer, trotz Kleidung schwamm er mit kräftigen Stößen parallel zur Eisenbahnbrücke in Richtung Westen. Einer der Polizisten lief auf der Brücke in westliche Richtung und feuerte mit seiner Dienstpistole von der Seite mehrmals in die Richtung des Schwimmers. Litfin war bereits 25 Meter vom Ufer entfernt.

Da stellte der andere seine automatische Waffe auf Dauerfeuer um und schoß zuerst drei Schuß "Sperrfeuer" vor den Flüchtenden. Unmittelbar danach gab er "einen gezielten MPi-Feuerstoß" ab – wie es im MfS-Bericht vom 31. August an Erich Honecker hieß. Günter Litfin versank im Wasser. Er war tödlich getroffen, eine Kugel war in seinem Genick eingeschlagen und am Kinn wieder ausgetreten.

Drei Stunden später barg ihn die Ostberliner Feuerwehr aus dem Wasser des Humboldthafen. Am Westberliner Spreeufer waren die Schüsse gehört worden und dort hatten sich inzwischen etwa 300 Personen versammelt, um die Bergung zu beobachten. Was seit dem 13. August von vielen befürchtet worden war, war eingetreten: ein gezielter Todesschuß auf einen wehrlosen Flüchtling. Die Mauer hatte ihr erstes Gewaltopfer.

Günter Litfin war der älteste Sohn des Fleischermeisters Albert Litfin aus dem Ostberliner Bezirk Weißensee, Mitglied der CDU seit 1945, der nach der Gleichschaltung der Ost-CDU im Jahre 1948, den von der sowjetischen Besatzungsmacht abgesetzten und nach Westberlin übergesiedelten Parteiführern Jakob Kaiser und Ernst Lemmer die Treue hielt. Die ganze Familie – Günter Litfin hatte noch zwei Brüder – blieb Mitglied in einem illegalen westorientierten Kreisverband Weißensee der CDU, der bis zum Mauerbau bestand. Die oppositionellen CDU-Gliederungen im Ostsektor der Stadt, die ihre Parteiversammlungen in Westberlin abhielten, wurden von der Staatssicherheit zwar beobachtet. Man schikanierte ihre Mitglieder und versuchte sie einzuschüchtern, aber die Organisation wurde nicht aufgelöst – auch dies war eine durch den Viermächtestatus bedingte Berliner Besonderheit.

Günter Litfin war gelernter Maßschneider und arbeitete in einem Modeatelier in der Nähe des Zoologischen Gartens in Westberlin, er gehörte also zu den sogenannten Grenzgängern. Im Sommer 1961 faßte er den Entschluß, in den Westen zu ziehen. Er hatte schon eine Wohnung in Charlottenburg, ganz in der Nähe seines Arbeitsplatzes, gefunden.

Am 12. August waren sein Bruder Jürgen und er in der neuen Wohnung gewesen und hatten den ganzen Tag damit verbracht, sie einzurichten. Spät nachts, nach 1.00 Uhr, waren die Brüder mit der S-Bahn wieder in den Ostsektor gefahren. Es muß eine der letzten S-Bahnen gewesen sein, die auf dieser Strecke durchgefahren ist. Am Morgen war die Grenze dann abgesperrt, und Günter Litfin fühlte sich seiner Lebenspläne beraubt. Tagelang fuhr er mit dem Fahrrad die Sektorengrenze ab, um noch ein Schlupfloch durch die Absperrungen zu finden. Er muß wahrgenommen haben, daß die Grenzanlagen immer dichter und dichter wurden. So ist sein kurzfristiger Entschluß zu erklären, den vermeintlich noch offenen Weg über das Wasser zu nehmen.

In Westberlin war die Empörung über die Erschießung des wehrlosen Schwimmers im Humboldthafen groß. Das neue "Grenzregime" in Berlin hatte sich in seiner ganzen Unmenschlichkeit offenbart. Die Position der DDR in der propagandistischen Ost-West-Auseinandersetzung konnte kaum noch schwächer sein. Um das zu kompensieren, reagierte die SED mit einer unsäglichen Verleumdungskampagne gegen den toten Günter Litfin. Gerüchte über seine angebliche Homosexualität wurden mit frei erfundenen Details angereichert und von der DDR-Presse in bester "Stürmer"-Manier präsentiert. Als der Arbeiter Roland Hoff am 29. August beim Versuch, durch den Teltow-Kanal in den Westen zu schwimmen, ebenfalls erschossen wurde, bezog man auch ihn in diese Schmutzkampagne ein.

Die SED verunglimpft die ersten Maueroopfer

Schon die ungewöhnliche Art des Grenzübergangs, die sie gewählt hatten – sie versuchten schwimmend der Grenzpolizei zu entgehen – deutet darauf hin, daß es sich um Leute mit schlechtem Gewissen handelt. Normale Bürger, die keine Agenten oder Verbrecher sind, pflegen sich an die Gesetze ihres Staates zu halten. Sie fürchten sich auch nicht, den Weg des Genehmigungsverfahrens zu beschreiten und gegebenenfalls die vorgesehenen Übergangsstellen zu benutzen.

Wer aber das Licht scheut, muß damit rechnen, daß ihm auf den dunklen, verbotenen Wegen, die er eingeschlagen hat, etwas passiert. Es ist allgemein üblich, daß Soldaten oder Grenzpolizisten die Grenze eines Staates bewachen. Diese Grenzposten sind überall in der Welt bewaffnet, um eine illegale Überschreitung der Grenze verhindern zu können. Unsere Grenzwachmen haben ihre Pflicht getan, als sie gegen Versuche, die Grenze gewaltsam zu durchbrechen, von ihrer Waffe Gebrauch machten. Die Grenzverletzer haben sich bewußt und vorsätzlich in Lebensgefahr begeben und sind darin umgekommen.

Was die Versuche betrifft, aus solchem Gesindel Helden zu machen, so ist uns dieses Verfahren bekannt. Als der Zuhälter Horst Wessel bei der Ausübung seines nicht ungefährlichen Berufs zu Tode kam, wurde er zum geeigneten Objekt nazistischer Heldenverehrung. Warum soll also der Homosexuelle mit dem Spitznamen "Puppe", der in den Humboldthafen sprang, nicht zum Heros der Frontstadt werden? Jeder soll die Helden haben, die er wert ist. Diese Bemühungen, neue Helden der westlichen Welt zu kreieren, mögen in Lächerlichkeit versinken.

"Neues Deutschland" vom 2. September 1961

Der Fall Rudi Thurow - eine Fahnenflucht auf Leben und Tod



Rudi Thurow als Stabsgefreiter, Anfang 1961

Nachweis: Rudi Thurow, Berlin

Er galt als zuverlässig und diszipliniert, seine militärischen und politischen Kenntnisse wurden mit "gut" bewertet. In seiner Kaderakte hatten sich 15 Belobigungen angesammelt und nicht eine einzige Disziplinarstrafe trübte das Bild. Rudi Thurow schien ein zuverlässiger Grenzsoldat zu sein. Im Jahre 1955 hatte sich der 18jährige freiwillig für den Dienst in der Deutschen Grenzpolizei entschieden. Im April 1960 trat er der SED bei, ein gutes Jahr später wurde er zum Unteroffizier befördert. Zum Zeitpunkt des Mauerbaus war er Gruppenführer.

In den frühen Morgenstunden des 13. August war auch Thurow im Einsatz. Seine Einheit war in Röntgental, am nordöstlichen Stadtrand Berlins, stationiert, und er bekam den Befehl, mit seinen Männern den Bahnhof des nicht weit entfernten Vorortes Bernau zu besetzen. Mutmaßliche Grenzgänger sollten schon hier abgefangen und zurückgeschickt werden. Er fühlte sich schon einige Zeit nicht mehr wohl in seiner Haut. Insbesondere der rigide Umgang mancher seiner Kameraden mit Bürgern, die zu ihren Verwandten nach Westberlin reisen wollten, hatte ihn schon in der Vergangenheit gestört. Dann fielen die ersten Todesschüsse an der Berliner Mauer, und Thurow bekam immer größere Probleme mit seiner Rolle. Was wäre, so begann er sich zu fragen, wenn er mit flüchtenden Frauen oder Kindern konfrontiert wäre?

Als er im Herbst 1961 in seinem Wohnort von drei Bekannten auf verbliebene Fluchtmöglichkeiten angesprochen wurde, dachte er schon nicht mehr daran, dies anzuzeigen, was seine besondere Pflicht als Genosse und Angehöriger eines "bewaffneten Organs" gewesen wäre. Im Gegenteil, er selbst ertappte sich dabei, wie er mit dem gleichen Gedanken spielte. Wenig später mußte er miterleben, wie ein Bürger in einer Gaststätte wegen kritischer politischer Äußerungen von Uniformierten krankenhaushausreif geschlagen wurde. Nun reifte in ihm der Entschluß in den Westen zu fliehen, und dabei die drei fluchtwilligen Bekannten gleich mitzunehmen.

Der Grenzdurchbruch mit einem LKW in die Westberliner Exklave Steinstücken wurde genauestens geplant. Am 21. Februar 1962 gelang es Thurow, als diensthabender Unteroffizier, die für den ausgewählten Grenzabschnitt zuständigen Posten praktisch zu entwaffnen, in dem er heimlich die Verschlößstücke ihrer Maschinenpistolen entfernte. Daß diese Manipulation entdeckt werden könnte, schloß er aus.

Doch genau das passierte, als einer der Posten während des Dienstes befehlswidrig seine MP öffnete, um sie zu reinigen. Umgehend erhielt der Zugführer Meldung, der sofort Grenzalarm auslöste. Inzwischen waren die drei Zivilisten, die mit Thurow fliehen wollten, mit ihrem LKW schon in Babelsberg und sollten sich von dort aus in Richtung Steinstücken auf den Weg machen. Thurow blieb jedoch kaltblütig und konnte sie gerade noch rechtzeitig abfangen. Unter den Bedingungen des Grenzalarms war ein Durchbruch mit dem LKW undenkbar, doch nach dem, was schon geschehen war, gab es für Thurow kein zurück mehr.

Die Fluchtwilligen berieten sich und beschlossen, die Flucht gemeinsam zu Fuß durchzuführen. Thurow kannte alle Schleichwege im Grenzgebiet. Er ging – in Uniform und bewaffnet – voran; die anderen folgten ihm mit gehörigem Abstand. In Grenznähe traf Thurow auf ein Postenpaar, das von ihm die Parole forderte. Die kannte er selbstverständlich. Er trat in seiner Rolle als diensthabender Unteroffizier auf, erklärte den Soldaten scheinheilig die Ursache des Alarms und befahl ihnen, an einem 200 Meter entfernt liegenden Grenzabschnitt Stellung zu beziehen. Sie gehorchten anstandslos – der Weg nach Steinstücken war frei.

Beim Durchsteigen der Sperren wurde es jedoch noch einmal brenzlig. Einer der Flüchtlinge verding sich im Stacheldraht und wurde dabei von einer benachbarten Postengruppe bemerkt, die sofort Warnschüsse abgab. Thurow, der sich schon auf westlichem Territorium befand, feuerte ebenfalls mit seiner MP und gab seinem Fluchtgefährten auf diese Weise Deckung, bis er sich befreit hatte. Alle Flüchtlinge kamen heil in Steinstücken an und wurden am folgenden Tag von zwei amerikanischen Militärhubschraubern nach Westberlin ausgeflogen.

Schon die Flucht eines "normalen" DDR-Bürgers galt als "Verrat". Daß aber ein Unteroffizier der Grenzbereitschaften fahnenflüchtig wurde, unter Ausnutzung seiner diensthabenden Funktion weiteren Personen zur Flucht verhalf und dabei die Waffe gegen seine Kameraden einsetzte, war nicht nur Verrat.

Als Thurow dem Westen auch noch seine Kenntnisse zur Verfügung stellte und sich an Propaganda-Einsätze an der Grenze sowie an Fluchthilfeaktionen beteiligte, beschloß die Staatssicherheit ihn zu "liquidieren":

Die für "Militärabwehr" zuständige Hauptabteilung I entwickelte hierfür zwei Varianten. Die eine sah die gewaltsame Entführung in die DDR vor, die andere die Ermordung. Nach den Wertmaßstäben des SED-Regimes war das ein todeswürdiges Verbrechen.

Doch Thurow hatte Glück. Von den geplanten "Sondermaßnahmen" wurde Abstand genommen, weil – wie es im Abschlußbericht hieß – der dafür vorgesehene inoffizielle Mitarbeiter "aufgrund seiner Wichtigkeit" nicht mehr in Frage kam und für ihn kein Ersatz geschaffen werden konnte. Außerdem stellte das MfS später fest, daß Thurow nicht mehr "feindlich" auftrete. 1972 wurde der Vorgang archiviert.

Fahnenfluchten vom 13. August bis zum 31. Dezember 1961

Nationale Volksarmee 16

Grenzpolizei/Grenztruppen 158

Wachregiment des MfS 1

Bereitschaftspolizei 165
(davon 1. und 2. Grenzbrigade Berlin) (152)

Volkspolizei 7

Transportpolizei 10

Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs 4

insgesamt 361

Quelle: BStU, ZA, ZAIG 545, Bl. 9 u. 16

[...] Der Mauer stoppte den Flüchtlingsstrom, der die Existenz der DDR bedroht hatte, und sicherte damit die Herrschaft der SED. Jetzt, so dachten die Machthaber, könnten sie den Sozialismus unbeeinträchtigt aufbauen und unweigerlich würde sich seine "gesetzmäßige" Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus erweisen. Doch diese Annahme erwies sich als falsch. Obwohl sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den sechziger Jahren unter den Bedingungen einer beschränkten Liberalisierung zunächst durchaus verbesserten, hinkte die DDR im deutsch-deutschen Vergleich weiter hinterher. Auf längere Sicht wurde die ökonomische Schere zwischen den beiden deutschen Staaten nicht kleiner, sondern größer. [...]